

Das Festhalten der palästinensischen Abgeordneten Rinawie Zoabi am Recht auf Rückkehr entlarvt die israelische Apartheid

Jonathan Ofir, mondoweiss.net, 12.06.22

Es ist allgemein bekannt, dass die israelische „Regierung des Wandels“ bröckelt. Das jüngste Drama, geeignet, um ihr den Todesstoß zu versetzen, ist ihr Scheitern bei der Verabschiedung einer Verlängerung der Apartheid-Verordnung, die israelisch-jüdischen Siedlern in den besetzten palästinensischen Gebieten nationale Bürgerrechte einräumt, während die in denselben Gebieten lebenden Palästinenser:innen unter einer repressiven Militärregierung leiden.

Israel durchlebt diese Regierungskrisen wegen seiner Apartheid. Es experimentiert mit einer Fassade der „Demokratie“, damit diese Apartheid mit einem Anschein von Recht und Ordnung funktioniert. Jeder Riss in dieser Fassade, auf den die Palästinenser:innen hinweisen, muss überdeckt werden, um den Schein zu wahren.

Der Erlass wurde seit 1967 regelmäßig verlängert und die Regierung hatte sich eine weitere Verlängerung auf die Fahnen geschrieben, scheiterte damit aber. Abgesehen von einigen Stimmenthaltungen der palästinensischen konservativen *Ra'am*-Partei (Vereinigte Arabische Liste), die an der Regierung beteiligt ist, und ein paar Abtrünnigen von Premier Bennetts Yamina-Partei (Rechtsaußen) stimmten einige Palästinenser in der Regierungskoalition tatsächlich dagegen: Ghaida Rinawie Zoabi, eine palästinensische Abgeordnete der *Meretz*-Partei, und Mazen Ghanaim von *Ra'am*.

Ghanaim stand weniger unter Druck als Rinawie Zoabi, da er einer palästinensischen Partei angehört, und wer kann schon einen Palästinenser dafür beschimpfen, dass er gegen ein eklatantes Apartheidgesetz stimmt? Aber Rinawie Zoabi stand unter enormem Druck von Seiten der zionistischen Partei, die *Meretz* schließlich ist. Am Freitag protestierten *Meretz*-Aktivisten vor ihrem Haus in Nof Hagalil, im nördlichen Galiläa, und forderten ihren Rücktritt.

Beide Abgeordnete haben deutlich gemacht, dass sie sich diesem Druck nicht beugen und weiterhin über solche Fragen und insbesondere über dieses Gesetz nach ihrem Gewissen abstimmen werden. Der Erlass läuft am 1. Juli aus, und die Opposition – die am weitesten rechts stehende Opposition in der Geschichte Israels (wie auch die Regierung) – stimmt gegen den Erlass, um die Koalition zu Fall zu bringen und sie, wegen ihrer „antizionistischen Elemente“, als regierungsunfähig zu entlarven. Mit anderen Worten: Die israelische Regierung befindet sich in einer Sackgasse zwischen zwei rechten Flügeln.

Während vieles davon international diskutiert und analysiert wird, gibt es eine Geschichte, die bei dem ganzen Getöse kaum Beachtung gefunden hat. Sie ist außergewöhnlich, weil sie zurückreicht bis zur Gründung Israels, seiner ethnischen Säuberungen und dem Recht der Palästinenser:innen auf Rückkehr.

Am Donnerstag sprach Rinawie Zoabi im *Nas Radio*, einem arabischen israelischen Sender mit Sitz in Nazareth, und sagte, der Grund, warum sie sich bereit erklärt habe, in die Bennett-Lapid-Regierung einzutreten, sei eine historische Leistung, die ihr versprochen worden sei: die Rückkehr der Bewohner:innen zweier arabischer palästinensischer Dörfer in Galiläa: Iqrit und Birim. Ihr Bericht wurde von *Mako N12 News* (Hebräisch) wiedergegeben.

Bevor wir uns mit der Geschichte dieser beiden Städte befassen, ist es wichtig festzustellen, dass Rinawie Zoabi am 19. Mai, weniger als eine Woche nach der Ermordung der Journalistin Shireen Abu Akleh durch die israelische Armee und dem Polizeiangriff auf ihre Beerdigung, von der Regierung zurückgetreten ist. Damals wies Rinawie Zoabi darauf hin, dass diese Ereignisse einen definitiven Bruch darstellten, zusätzlich zu anderen Ereignissen, die „unerträglich“ seien – einschließlich des anhängigen Apartheidgesetzes. Ihr Rücktritt brachte die Regierung kurzzeitig in eine Minderheit von 59 Sitzen in der 120-köpfigen Knesset, und Zoabi wurde gedrängt, zurückzukehren, was sie nach weniger als einer Woche auch tat.

Wir können uns nur vorstellen, welcher Druck auf Zoabi und die Regierung ausgeübt wurde, um sie zurückzugewinnen. Und es wurde berichtet, dass sie Yair Lapid, dem Außenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, eine Liste mit Forderungen vorlegte, die die Rückkehr der palästinensischen Bewohner:innen dieser beiden Städte beinhaltet. Am Freitag dementierte Lapid diese Behauptungen pauschal, aber das Dokument wurde tatsächlich im Fernsehen gezeigt (ich werde später darauf zurückkommen).

Rinawie Zoabi erklärte, dass ihre Forderung darin bestand, „nicht über Themen abstimmen zu müssen, die mit ihrem Gewissen in Konflikt stehen, und dass die Bitte darin bestand, Themen aufzunehmen, die für die arabische Gesellschaft wichtig sind – und deshalb haben wir vereinbart, an diesen Themen zu arbeiten“.

Rinawie Zoabi sagte, Lapid habe ihre Forderungen zunächst rundheraus abgelehnt, aber sie habe sie als nicht verhandelbar bezeichnet, und er habe versprochen, dass „wir über jeden Gesetzentwurf sprechen würden, bevor er [zur Abstimmung] vorgelegt wird“, und sie habe ihm gesagt: „In Ordnung, ich werde Sie nicht überraschen“, und so hätten sie weitergemacht.

Iqrit und Birim

Schauen wir uns diese beiden Fälle an, denn es handelt sich um gut dokumentierte Fälle von Vertreibung, in denen sogar der Oberste Gerichtshof Israels die Rückkehr der Bewohner befürwortet hat. (Diese Geschichte wird von David Grossman in seinem 1992 erschienenen Buch „*Sleeping on a Wire*“ ausführlich behandelt).

Die beiden überwiegend christlichen palästinensischen Städte, die 13 Meilen (ca. 21 km) voneinander entfernt im nördlichen Galiläa liegen, erlitten ein ganz ähnliches Schicksal. Sie wurden im Jahr 1948 nicht auf die gleiche Weise ethnisch gesäubert wie Hunderte von weiteren Städten. Sie erhielten einen militärischen Räumungsbefehl für angebliche Notfälle und vorübergehende militärische Maßnahmen, und den Bewohnern wurde von den militärischen Befehlshabern versprochen, dass sie innerhalb weniger Wochen zurückkehren könnten.

Zunächst lebten sie draußen in Höhlen und provisorischen Behausungen, und es vergingen Wochen, Monate – und sie durften nicht zurückkehren. Anfang der 1950er Jahre gelangten die Fälle vor den Obersten

Gerichtshof, der entschied, dass den Dorfbewohnern die Rückkehr gestattet werden müsse, da alles eindeutig dokumentiert sei und es keinen militärischen Vorwand mehr gebe. In Kenntnis des Gerichtsbeschlusses zerstörte daraufhin die israelische Armee die Dörfer, um die Möglichkeit einer Rückkehr zu verhindern. Auf dem Land von Birim wurde der jüdische Kibbuz Baram errichtet.

Bei diesen beiden Vorkommnissen handelt es sich um sehr bekannte Fälle von so genannten „Present Absentees“ [Anwesende Abwesende] (so der hebräische Titel von Grossmans Buch). Dieser merkwürdige und oxymoronische Name beschreibt palästinensische Einwohner:innen innerhalb Israels, denen es erlaubt wurde, in Israel zu bleiben, denen aber die Rechte an ihrem Land geraubt wurden. Sie haben die Staatsbürgerschaft, aber keine Landrechte. Sie sind „anwesend“, weil sie existieren, aber ihr Eigentum wird als Besitz „Abwesender“ betrachtet, der bis auf weiteres vom Staat verwaltet wird.

Iqrit und Birim sind nicht die einzigen Fälle von anwesenden Abwesenden, und deshalb wird jede Form der Rückkehr dieser Menschen in ihr Land als Gefahr angesehen, weil sie das palästinensische Recht auf Rückkehr legitimieren könnte – selbst wenn es nur in einem begrenzten Bereich ist, selbst wenn das Gericht dies so entschieden hat.

Rinawie Zoabi versuchte also, dieses Problem zu lösen. Und laut *N12 News* spricht das durchgesickerte Dokument tatsächlich von der „Errichtung zweier neuer arabischer Dörfer, mit der Betonung auf der Beendigung der Saga von Iqrit und Birim.“ Mit anderen Worten: Rinawie Zoabi schlägt nicht unbedingt eine Rückkehr an denselben Ort oder in dieselben Häuser vor, da diese vor 70 Jahren zerstört wurden, sondern die Gründung von Städten in der Nähe.

Lapid dementiert

Lapids Büro sagte als Reaktion auf Rinawie Zoabis Enthüllung des Deals am Donnerstag, dass dieser nie stattgefunden habe. Er tweetete: „Um jeden Zweifel auszuräumen: Die Geschichte von Iqrit und Baram [sic] ist eine Täuschung (und eine sehr merkwürdige). Sie ist nie passiert.“ Rinawie Zoabi schlug am Freitag zurück und sagte: „Lapid sagt, es war eine Täuschung, also sage ich: Ihr wollt Beweise? Ihr solltet mich nicht in diese Situation bringen.“

Der Likud greift an

Der Likud von Benjamin Netanjahu nutzte die Geschichte, um die Regierung zu anzugreifen: „Das Vermächtnis der Bennett-Regierung – das Recht auf Rückkehr. Die Regierung Bennett und Lapid arbeiten mit den Abgeordneten Zoabi, Abbas, Tibi und den antizionistischen Kräften zusammen, um das Recht auf Rückkehr wieder einzuführen – wir müssen diese Regierung der Schwäche stürzen und das Land in unsere Hände zurückbringen“.

Wie üblich zitiert der *Likud* palästinensische Namen. Übrigens ist Ahmad Tibi nicht einmal in der Regierung. Er ist ein palästinensisch-israelischer Abgeordneter der sechsköpfigen *Gemeinsamen Liste*.

Das Problem Israels: Apartheid

Dies alles führt zurück zu Israels Hauptproblem: Apartheid. Nicht Ghaida Rinawie Zoabi. Nicht Mazen Ghanaim – Apartheid.

Israel durchlebt diese Regierungskrisen wegen seiner Apartheid. Ist es ein Zufall, dass dieses Drama vor dem Hintergrund der Abstimmung über das unverschämte Apartheidgesetz stattfindet? Selbst *Peace Now* nennt dieses Gesetz ganz offen „Apartheid“.

Gestern analysierte der politische Journalist Nahum Barnea in der zentristischen Zeitung *Ynet* die Situation unter dem Titel „Israels politische Reifung ist im Rückschritt“. Barnea vertritt die Ansicht, dass die Bemühungen, eine palästinensische Partei in die Regierungskoalition aufzunehmen, gescheitert sind.

„Nach der Abstimmung in der Knesset am Montag über den Gesetzentwurf zur Ausweitung der israelischen Souveränität über die jüdischen Siedlungen in der Westbank begann die Koalition, den Schaden zu begutachten, nachdem ihr nicht gelungen war, alle Mitglieder der Regierung zur Unterstützung des Gesetzes zu bewegen. Diese Abstimmung hat zwei Dinge deutlich gemacht: Erstens ist die Regierung von Premierminister Naftali Bennett eine Minderheitsregierung, und zweitens ist der Versuch, eine arabische Partei in die Regierungskoalition einzubinden, gescheitert.“

Er ist gescheitert? Also muss Israel in seine Sicherheitszone zurückkehren, wo es einfach keine palästinensische Partei in der Regierung gibt? Das scheint die Schlussfolgerung von Barnea zu sein. So wie der Abgeordnete Nir Orbach aus *Jamina*, als er Ghanaim im Parlament angriff und rief: „Das Experiment mit euch ist gescheitert.“ Und es muss darauf hingewiesen werden, dass Rinawie Zoabi nicht etwa Mitglied einer palästinensischen Partei ist. Nein, sie ist Mitglied von *Meretz*. Die Schlussfolgerung des vermeintlich liberalen Barnea scheint also zu sein, dass es generell ein Problem ist, überhaupt palästinensische Abgeordnete in der Regierung zu haben.

Aber das bedeutet, den Elefanten im Raum zu übersehen. Apartheid. Das ist die Realität, und die Zionisten sind empört darüber, dass Palästinenser:innen sich mit deren Unterstützung schwer tun.

Die Apartheid ist das Versagen. Israel hat kein Problem mit der „politischen Reife“. Es ist ein unreifer Apartheidstaat, der seine Verbrechen gegen die Menschlichkeit nie korrigiert hat und nur zerstört, damit das Problem verschwindet, so wie er Iqrit und Birim zerstört hat. Israel experimentiert mit einer Fassade der „Demokratie“, damit diese Apartheid mit einem Anschein von Recht und Ordnung funktioniert. Und jeder Riss in dieser Fassade, auf den die Palästinenser:innen hinweisen, muss überdeckt werden, um den Schein zu wahren.

Es ist ein gescheitertes Experiment, und es ist an der Zeit, dass die Welt erkennt, dass das zionistische Experiment keinen anderen Namen hat als Apartheid.

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2022/06/palestinian-lawmaker-rinawie-zoabis-insistence-on-the-right-of-return-exposes-israeli-apartheid/>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de